

Bundesverband der Deutschen Industrie - 11053 Berlin

Bank for International Settlements  
Frau Daniele Nouy  
Secretary General des Baseler Ausschusses  
Centralbahnplatz 2

Ch- 4002 Basel

Schweiz

**Allgemeine Wirtschaftspolitik**

**Unser Zeichen**  
K&A -

6. April 2001

**Seite**  
1 von 2

## **Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung**

Sehr geehrte Frau Nouy,

der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat am 16. Januar 2001 ein zweites Konsultationspapier zur Reform der Eigenkapitalvereinbarung für Kreditinstitute vorgelegt, in dem die seinerzeitigen Überlegungen vom Juni 1999 präzisiert und modifiziert werden. Die Neuregelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung der Banken wird weitreichende Konsequenzen für das Kreditgeschäft und damit auch für die kreditnehmende Wirtschaft haben. Insbesondere auf die Unternehmen des industriellen Mittelstands kommen gravierende Veränderungen zu, die eine hohe Anpassungsfähigkeit, teilweise auch ein Umdenken notwendig machen. Die hohe Komplexität der neuen Strukturen erschwert es den Unternehmen, ihre Schwachstellen zu identifizieren und aufzuarbeiten.

Grundsätzlich hält aber auch der BDI den Kerngedanken für richtig, über eine Differenzierung der Eigenkapitalanforderungen dem tatsächlichen Risikoprofil der Banken besser Rechnung zu tragen. Zugleich begrüßt der BDI, dass mit der Vorlage der nunmehr detaillierteren Vorschläge wichtigen Anliegen der kreditnehmenden Industrie entsprochen wurde. Das jetzt vorliegende Papier weist zahlreiche Verbesserungen gegenüber seinem Vorläufer vom Juni 1999 auf. Gleichwohl besteht noch in manchen Detailfragen Klärungs- und auch Änderungsbedarf. Wir möchten im folgenden zu den geplanten Neuregelungen Stellung nehmen, soweit diese direkt oder mittelbar die Interessenlage der deutschen Industrie berühren.

1. „Basel II“ steht für einen marktgerechteren Ansatz. Die Bonitätsunterschiede in der deutschen Industrie sind zum Teil beträchtlich. So gesehen führt eine stärkere – bonitätsabhängige – Auffächerung der Risikoklassen und damit Eigenkapitalvorgaben zu einer größeren Spreizung der Margen bei den Banken, von der Unternehmen mit guter Bonität profitieren. Für bonitätschwache Unternehmen könnte dies allerdings eine Erhöhung der Finanzierungskosten bedeuten. Dies ist nicht von vornherein zu kritisieren, da das Verfahren einen heilsamen Druck zur Verbesserung des Ratings unter-

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband der UNICE

**Hausanschrift**  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

**Postanschrift**  
11053 Berlin

**Telekontakte**  
Tel.: (030) 2028-1422  
Fax: (030) 2028-2422

**Internet**  
<http://www.bdi-online.de>

**E-Mail**  
[R.Kudiss@bdi-online.de](mailto:R.Kudiss@bdi-online.de)

stützt. Unbedingt vermieden werden muss jedoch, dass spezifische Regelungen des Akkords einer generellen Verteuerung des Firmenkredits Vor-schub leisten. Manche Details des Regelwerks deuten darauf hin, dass dies der Fall sein könnte.

2. Der BDI begrüßt, dass neben dem externen Rating als Standardansatz jetzt auch interne Bonitätsprüfungen der Banken – gleichberechtigt und gleichzeitig – anerkannt werden sollen. Vor dem Hintergrund der noch unterentwickelten Ratingkultur in Deutschland hätten viele Unternehmen, die nach Auskunft der Banken auch bei konservativer Beurteilung über eine exzellente Bonität verfügen, nur geringe Chancen, von der Neuregelung zu profitieren.
3. Auch ein internes Rating erfordert von den Unternehmen die Bereitschaft zu (noch) größerer Offenheit und Transparenz gegenüber den kreditgebenden Banken. Transparenz erlangt eine Schlüsselfunktion für die Unternehmensfinanzierung. Neue Publizitätsvorschriften, aber auch die neue Eigenkapitalvereinbarung könnten diesen Prozess beschleunigen. Um zu einer verlässlichen Einschätzung der Unternehmensbonität zu gelangen, sollten die Unternehmen in den Prozess der Entwicklung von Kreditrisikomodellen in angemessener Weise mit einbezogen werden. Ein offener Informationsaustausch zwischen Banken und Unternehmen in diesen Fragen ist unerlässlich, um den spezifischen Besonderheiten des Kreditnehmers ausreichend Rechnung zu tragen. Unbedingt vermieden werden muss, dass einzelne Unternehmen durch eine zu starke Gewichtung des Branchenumfelds als Ratingkriterium in „Sippenhaft“ genommen werden.
4. Positiv wertet der BDI, dass das neue Konsultationspapier nunmehr eine stärker aufgefächerte Risikoklassifizierung enthält. Mit der Einführung einer zusätzlichen 50%-igen Risikokategorie im Standardansatz wird dem tatsächlichen Risikospektrum des insgesamt zum Teil sehr heterogenen Unternehmenssektors vergleichsweise besser Rechnung getragen, als dies ursprünglich der Fall war.
5. Insbesondere auch die ermäßigte Eigenkapitalpflicht für gewerbliche Real-kredite im Standardansatz hält der BDI für sachgerecht. Damit wird den Besonderheiten gewachsener und bewährter Marktstrukturen in Deutschland Rechnung getragen. Gegen den Nachweis dauerhaft niedriger Verlustraten im Hypothekarkredit ist nichts einzuwenden; er sollte als Anreizelement für eine angemessene Risikovorsorge verstanden werden.
6. Dagegen könnte ein Großteil der Finanzierungen des gewerblichen Real-kredits und des Wohnungsbaukredits im internen Rating (IRB-Ansatz) deshalb für den Schuldner teurer kommen, weil sie als sog. „Projektfinanzierungen“ behandelt und damit als besonderes risikoreich eingestuft werden. Hypothekarkredite weisen jedoch nachweislich signifikant geringe Ausfallquoten auf, was denn auch in einer entsprechenden Behandlung zum Ausdruck kommen sollte.
7. Die Risikogewichte für das bankinterne Rating sind insgesamt zu hoch angesetzt. Die Tatsache, dass bei der Eigenkapitalunterlegung der Banken

auch sog. erwartete Verluste berücksichtigt werden sollen, die jedoch bereits über entsprechende Risikoprämien abgedeckt sind, impliziert eine unangemessen niedrige Meßlatte für die Bestimmung der Bonitätsgewichte. Dies verschlechtert die Kreditkonditionen auf breiter Front, vor allem aber für mittlere und schlechtere Bonitäten.


8. Demgegenüber begrüßt der BDI die Einführung eines gesonderten IRB-Ansatzes für Retailportfolios, der sich im Hinblick auf die Risikomessgrößen, die Struktur der Risikogewichte und die Mindestanforderungen vom „normalen“ Unternehmenskredit unterscheidet. Von den geringeren qualitativen Anforderungen könnten Existenzgründer in der Industrie und den industrienahe Dienstleistungen sowie die vielen kleineren Unternehmen der „New Economy“, die einen vergleichsweise niedrigen Kreditbedarf aufweisen, profitieren. Auch die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur ist durch einen hohen Anteil an kleineren Unternehmenseinheiten mit niedrigen Umsätzen, geringer Beschäftigung und niedrigem Kreditbedarf geprägt. Bei der Abgrenzung bzw. Klassifizierung von Krediten im Sinne eines Retailportfolios sollten die Kriterien nicht zu restriktiv bemessen werden.
9. Mit Sorge betrachtet der BDI die Pläne des Baseler Ausschusses, im fortgeschrittenen IRB-Ansatz langfristige Kredite mit einem Mehrfachen der für kurzfristige Ausleihungen geltenden Kapitalunterlegung zu belasten. Da gerade in Deutschland – anders als in angelsächsischen Ländern – der Langfristkredit für die Investitionsfinanzierung eine besonders große Rolle spielt, würden vom Ergebnis deutsche Unternehmen benachteiligt werden. In wettbewerblicher Hinsicht darf dies nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Für derartige Eigenkapitalzuschläge, die die Investitionsfinanzierung empfindlich verteuern würden, gibt es keine sachliche Rechtfertigung. In der Regel werden längerfristige Ausleihungen schon durch höhere Zinsen abgegolten. Es darf nicht sein, dass durch aufsichtsrechtliche Normen in betriebswirtschaftliche Entscheidungen eingegriffen wird und dadurch Finanzierungsstrukturen gesteuert werden. Auch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kann es nicht angehen, dass der Tendenz zu einem „short termism“ bei den Kreditfristen Vorschub geleistet wird. Damit könnte der Anspruch von „Basel II“, die Stabilität des Bankensystems, von der die deutsche Wirtschaft als Ganzes profitiert, zu erhalten, untergraben werden.
10. Der bislang stark eingegrenzte Bereich von anererkennungsfähigen Sicherheiten soll nach den Vorstellungen des Baseler Ausschusses ausgeweitet werden. Als sachgerecht wertet der BDI vor allem die Einbeziehung auch von Unternehmensschuldverschreibungen ausreichender Qualität. Für den betreffenden Kreditnehmerkreis wäre dies ein „Gütesiegel“, das sich positiv auf die Risikobeurteilung des Unternehmens und damit auf die Kreditkosten auswirken sollte. Insgesamt ist der Umfang der anererkennungsfähigen Sicherheiten jedoch eindeutig zu eng gefasst und keineswegs praxistgerecht. Wichtige in der Kreditpraxis übliche Sicherheiten, z.B. Bausparguthaben, Schuldscheine, Sicherungsübereignung etc. werden nicht berücksichtigt. Hier sind entsprechende Anpassungen vorzunehmen.


11. Die Anforderungen für die Anerkennung von Garantien und Bürgschaften dürfen nicht zu restriktiv bemessen werden. Es muss gewährleistet sein, dass Bürgschaftsinstrumente, wie sie in Deutschland weit verbreitet sind, z.B. mittelständische Bürgschaftsbanken/ Kreditgarantiegemeinschaften, als Grundlage für die Gewährung von entsprechenden Eigenkapitalerleichterungen vollständig, d.h. ohne zusätzliche Sicherheitsabschläge, anerkannt werden.
12. Die Anforderungen an die Datenhistorie für die Anwendung des sog. fortgeschrittenen Ansatz für das interne Rating sind zu restriktiv. Die Zeit bis zum Inkrafttreten der Eigenkapitalvereinbarung ist mit mindestens sieben Jahre recht knapp bemessen, um die geforderte Datenbasis aufzubauen. Banken, die diese Anforderungen nicht erfüllen, wird die mit diesem Ansatz verbundene Eigenkapitalersparnis vorenthalten. Hier sollten die Anforderungen an das vorzuhaltende Datenmaterial entsprechend verringert werden.
13. Unternehmen, Banken und Politik müssen sich baldmöglichst auf die anstehenden Neuerungen vorbereiten, um von dem neuen Aufsichtsregime zu profitieren. Zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen der deutschen Kreditwirtschaft und der kreditnehmenden Wirtschaft ist die rechtzeitige Anpassung der europäischen Richtliniengesetzgebung an die neuen Baseler Normen und darauf aufbauend der deutschen bankaufsichtlichen Vorschriften von großer Bedeutung. Der BDI appelliert in diesem Zusammenhang an die politisch Verantwortlichen, in dieser Frage keine Zeit verstreichen zu lassen.
14. Aufgrund der nunmehr vorgesehenen starken Stellung des internen Ratings kommt der Bank-Kunde-Beziehung bei der Risikoanalyse maßgebliche Bedeutung zu. Viel wird von den Informationen abhängen, die die kreditnehmenden Firmen selbst beizusteuern haben. Vor allem viele kleinere Unternehmen sind jedoch noch nicht in der Lage, der Komplexität der von ihnen erwarteten Vorleistungen in Form der Datenaufbereitung und des hierzu benötigten Controllings zu entsprechen. Auch dies spricht für eine ausreichend lange Vorlaufzeit, die von allen Beteiligten intensiv genutzt werden muss.
15. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und die Kreditwirtschaft haben sich zur Sicherung der Finanzierung mittelständischer Unternehmen vor kurzem in einer gemeinsamen Erklärung verpflichtet. Der BDI unterstützt diese Initiative und erwartet, dass den Worten auch Taten folgen. An die Kreditwirtschaft wird appelliert, nach Wegen zu suchen, unter wettbewerblichen Rahmenbedingungen die gestiegenen Kreditrisiken mit den Finanzierungsanforderungen des industriellen Mittelstands in Einklang zu bringen. Angemessene Haftungsfreistellungen und neue Instrumente der Risikoentlastung, wie z.B. das Programm zur Kreditverbriefung der Kreditanstalt für Wiederaufbau, könnten den Banken Luft verschaffen, unter dem Regime von „Basel II“ das Firmenkundengeschäft ohne Abstriche zu bedienen. Wichtig ist hierbei allerdings, dass derartige Initiativen nicht durch überzogene bankaufsichtliche Regulierungen behindert werden.

16. Eine letzte Anmerkung betrifft nicht unmittelbar Details der neu zu regelnden Eigenkapitalübereinkunft, sie ist gleichwohl für die Beurteilung ihrer Auswirkungen auf die kreditnehmende Wirtschaft von großer Bedeutung: Dem Vernehmen nach wird die Banque de France als Ratingagentur für französische Kreditnehmer fungieren. „Interessenkollisionen“ und damit Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil deutscher Kreditnehmer sind insbesondere dann nicht auszuschließen, wenn das interne Rating übergebührlich belastet und damit unattraktiv würde. Ein Wettbewerbsvorteil für die französischen Banken (und Unternehmen) könnte auch dadurch entstehen, wenn die Rating-Dienste der BdF kostenfrei oder -günstiger zur Verfügung gestellt würden. Der BDI hielte dies für eine bedenkliche Entwicklung, zumal die Deutsche Bundesbank über kein vergleichbar detailliertes Datenmaterial über den Unternehmenssektor verfügt. Öffentliche Unterstützung darf nicht so weit gehen, dass sie das europäische „level playing field“ unterminiert.

Wir möchten Sie bitten, im weiteren Verlauf des Konsultationsverfahrens die Interessenlage der deutschen Industrie gebührend zu berücksichtigen. Wir würden uns freuen, wenn unsere vorgenannten Argumente hierbei hilfreich wären.

Mit freundlichen Grüßen

  
Dr. Haß

  
Dr. Kudiß